



Der Friedensprozess und die Siedlungen

Hauptpunkte

Israel ist dem Erreichen eines echten, dauerhaften Friedens in gegenseitigem Respekt und gegenseitiger Anerkennung beider Völker verpflichtet, einem Frieden, der die grundlegenden Werte von Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und des Respekts für Menschenleben zum Inhalt hat.

Die israelische Regierung möchte dringend in direkten Friedensgesprächen jedes der umstrittenen Themen, einschließlich der Siedlungen, angehen; so ist es mit den Palästinensern im Rahmen der Oslo-Abkommen vereinbart. Die Siedlungen sind nur eines der sechs Themen, die gemäß dem Oslo-Abkommen von 1993 zwischen Israel und den Palästinensern verhandelt werden müssen. Dass Thema der Siedlungen bereits vor Beginn von Verhandlungen auszunehmen und dabei andere bilaterale Themen zu ignorieren, stellt eine fundamentale Verletzung dieser Abkommen dar.

Die Aussage, Siedlungen im Westjordanland – israelische Gemeinden in Judäa und Samaria – seien das größte Hindernis für den Frieden, ist schlicht und einfach falsch. Was in der Vergangenheit zum wiederholten Male zum Abbruch von Verhandlungen geführt hat, war die politische Gewalt von palästinensischer Seite, von Selbstmordattentaten bis hin zu Raketenangriffen auf israelische Städte. Doch die politische Verleumdung der Siedlungen wurde so häufig wiederholt, dass viele sie heute für richtig halten, ohne ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen.

Diese Aussage, die Fakten ignoriert, wird von der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) als Ausrede genutzt, um direkte Gespräche zu verhindern. Daher sollten die internationale Gemeinschaft und auch die öffentliche Meinung darauf bestehen, dass die palästinensische Führung sofort an den Verhandlungstisch zurückkehrt, um eine bessere Zukunft für beide Völker zu schaffen.

1. Der Status israelischer Siedlungen gemäß internationalem Recht wird häufig falsch interpretiert.

Zunächst muss klargestellt werden, dass die israelische Invasion im Westjordanland 1967 im Rahmen eines Selbstverteidigungskrieges erfolgte. Dies ist der Grund dafür, dass der UN-Sicherheitsrat Israel damals nicht aufgefordert hat, sich aus dem gesamten Territorium zurückzuziehen, das es erobert hatte. Resolution 242 des Sicherheitsrates vom November 1967 bezieht sich explizit auf die Notwendigkeit von „sicheren Grenzen“ für Israel. Der vorhergehende Besatzer des Westjordanlandes von 1949 bis 1967 war das Haschemitische Königreich Jordanien, dessen Herrschaft über das Territorium von der gesamten internationalen Gemeinschaft – mit Ausnahme Großbritanniens und Pakistans – nicht anerkannt wurde. Vor 1949 war das Mandat für Palästina von 1922 das entscheidende Dokument für die Herrschaft in der Westbank. Es verlieh der Anerkennung jüdischer Rechte internationale Anerkennung.

Internationale Juristen waren sich dieser Tatsachen voll bewusst. Der Behauptung, Siedlungen seien illegal zum Trotz schrieb Eugene Rostow, ehemaliger Dekan der *Yale Law School* und *Undersecretary of State* in der Regierung von US-Präsident Lyndon B. Johnson, 1983: „Israel hat ein unanfechtbares Recht darauf, Siedlungen im Westjordanland zu errichten.“ Er argumentierte, die israelischen Ansprüche auf das Gebiet seien „mindestens so gut wie die Jordaniens“. Professor Stephen Schwebel, späterer Berater des US-Justizministeriums und schließlich Präsident des Internationalen Gerichtshofes, ging 1970 sogar noch einen Schritt weiter und erklärte: „Israel hat einen größeren Anspruch auf das Gebiet, das Palästina war, einschließlich ganz Jerusalems, als Jordanien und Ägypten.“

Die Frage der Legalität von Siedlungen geht auf die verschiedenen Interpretationen des Genfer Abkommens IV von 1949 über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten zurück. Artikel 49 verbietet „[z]wangsweise [...] Massenumsiedlungen“ geschützter Personen aus besetzten Gebieten. Später heißt es, ebenfalls in Artikel 49: „Die Besetzungsmacht darf nicht Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung in das von ihr besetzte Gebiet deportieren oder umsiedeln.“ Amerikanische Interpretationen dieses Artikels erklären, er bezöge sich auf erzwungene Umsiedlungen, wie sie von den Nazis praktiziert wurden und nicht auf israelische Siedlungsaktivitäten. Zurzeit der Regierung von US-Präsident Bush sen. erklärte der amerikanische Botschafter bei den Vereinten Nationen in Genf, Morris Abram, er sei Teil des US-Teams bei den Nürnberger Prozessen gewesen und daher vertraut mit der „legislativen Absicht“ des Genfer Abkommens IV. Im Februar 1990 erklärte er, es bezöge sich auf erzwungene Umsiedlungen und sei daher für den Fall israelischer Siedlungen nicht relevant.

2. Israelische Angebote für territoriale Kompromisse werden zurückgewiesen oder ignoriert

Die Israelis sind dem Erreichen von Frieden mit alle ihren Nachbarn einschließlich der Palästinenser zutiefst verpflichtet. Um dieses Ziel zu erreichen, hat Ministerpräsident Benjamin Netanyahu immer wieder seine Bereitschaft erklärt, die direkten Verhandlungen ohne Vorbedingungen unverzüglich wieder aufzunehmen. Diese Angebote schlossen für Israel schmerzhaftes territoriale Kompromisse im Westjordanland und im Gazastreifen ein; ebensolche Kompromisse beinhalteten auch die weiteren Vorschläge, die seit 1967 gemacht wurden, zuletzt in den Jahren 2000 in Camp David, 2001 in Taba und 2008 von Ministerpräsident Ehud Olmert.

Wären die israelischen Siedlungen wirklich das wichtigste Thema, hätten die Palästinenser es lösen können, indem sie über die israelischen Angebote verhandelt hätten. Ein für beide Seiten akzeptables Friedensabkommen hätte schon lange erreicht werden können, und ein palästinensischer Staat wäre bereits vor mehr als einem Jahrzehnt errichtet worden.

3. Israel stellt seine Bereitschaft zum Frieden durch Taten unter Beweis

Um Frieden zu erreichen, hat Israel nicht nur seine Bereitschaft zu schmerzhaften Zugeständnissen einschließlich territorialer Kompromisse erklärt, sondern sie auch durch Taten und durch Räumung von Land wieder und wieder unter Beweis gestellt:

- 2005 hat sich Israel freiwillig aus dem Gazastreifen zurückgezogen und 21 Gemeinden aufgelöst. Tausende israelische Männer, Frauen und Kinder wurden aus

ihren Häusern geholt. Zur selben Zeit wurden vier Siedlungen im nördlichen Westjordanland aufgelöst. Die palästinensische Regierung hätte nun ebenfalls einen Schritt in Richtung Frieden unternehmen müssen. Doch anstelle von Frieden – oder auch nur einer Unterbrechung der palästinensischen Feindseligkeiten – hat Israel nun eine terroristische Entität an seiner südlichen Grenze, die zur Vernichtung Israels aufruft. Auch die Gewalt und der Terrorismus gegen Israel im Westjordanland werden mit Unterstützung der PA fortgesetzt.

- 2009 verfügte Ministerpräsident Benjamin Netanyahu ein zehnmonatiges Siedlungsbaumoratorium im Westjordanland. Die Palästinenser hatten öffentlich erklärt, dass sie an den Verhandlungstisch zurückkehren würden, wenn die Bauaktivitäten im Westjordanland gestoppt würden. Tatsächlich weigerte sich der Präsident der PA, Mahmoud Abbas nach Beginn des Moratoriums neuneinhalb Monate lang zu verhandeln und brach dann die Gespräche beinahe sofort nach ihrer Aufnahme ab.
- Darüber hinaus hat die gegenwärtige israelische Regierung, wie mehrere ihrer Vorgängerregierungen, die jüdischen Bautätigkeiten hauptsächlich auf solche Gebiete eingeschränkt, bei denen erwartet wird, dass sie auch nach einem endgültigen Abkommen mit den Palästinensern unter israelischer Kontrolle bleiben.

4. Viele Themen müssen angegangen werden, nicht nur das der Siedlungen

Die Siedlungen sind nur eines der vielen schwierigen und komplexen Themen, die in direkten Verhandlungen zwischen Israel und der PA gelöst werden müssen, bevor ein echtes, dauerhaftes Friedensabkommen erreicht werden kann. Israel ist bereit, alle umstrittenen Themen zu diskutieren, etwa die finalen Staatsgrenzen, Sicherheitsabkommen, den Status von Flüchtlingen beider Seiten usw.

Die PA hat Abkommen, darunter die Oslo-Abkommen, unterzeichnet, die festlegen, dass alle fundamentalen Themen – einschließlich lebenswichtiger Sicherheitsarrangements – noch verhandelt werden müssen. Darüber hinaus hat die PA zugestimmt, dass es, bis ein Abkommen erreicht ist, keine Beschränkungen für Siedlungsbau geben wird (auch nicht für palästinensischer Bauaktivitäten in den Gebieten unter ihrer Verwaltung). In der Vergangenheit wurde zwischen Israel und den Palästinensern weiterverhandelt, während gebaut wurde.

5. Der palästinensische Terrorismus begann vor und nicht nach dem Bau der ersten israelischen Siedlung

Palästinensischer Terrorismus und palästinensische Gewalt begannen weit vor 1967 und der Wiederbelebung der jüdischen Gemeinden im Westjordanland und dem Gazastreifen.

Tatsächlich gab es Angriffe gegen Juden bereits vor der Gründung des Staates Israel 1948, so etwa die antijüdischen Ausschreitungen von 1920/21, das Massaker von Hebron 1929 und die Arabische Revolte von 1936-38. Der erste Krieg zur Zerstörung Israels begann, bevor der Staat Israel auch nur ausgerufen wurde, nämlich mit einer intensivierten palästinensischen Terrorkampagne am Vorabend der UN-Abstimmung zum Teilungsplan 1947.

Die PLO wurde bereits 1964 gegründet, drei Jahre, bevor Israel in einem Selbstverteidigungskrieg die Kontrolle über das Westjordanland und den Gazastreifen übernahm. Sie war eine der gewalttätigsten und brutalsten Terrororganisationen, die die Welt je gesehen hat, und Bombenanschläge, Flugzeugentführungen und andere Anschläge auf unschuldige Zivilisten weltweit durch die PLO inspirierten viele der heutigen Terroristen.

Der palästinensische Terrorismus ging auch nach dem Beginn des Friedensprozesses und der Unterzeichnung der Osloer Verträge weiter, die der PA politische Kontrolle über das Leben von ca. 96% der Palästinenser im Westjordanland und 100% der palästinensischen Einwohner der Gazastreifens gaben.

Im September 2000 mündete der palästinensische Terror in die Zweite Intifada, nachdem die Palästinenserführung die israelischen Angebote von Camp David (2000) und Taba (2001) zurückgewiesen hatte. Dieser Terrorismus besteht heute weiter, trotz der Bemühungen der israelischen Regierung, zu direkten Verhandlungen zurückzukehren.

6. Siedlungen werden die Lebensfähigkeit eines palästinensischen Staates nicht einschränken

Parallel zu der falschen Behauptung, israelische Gemeinden seien ein Hindernis für den Frieden, besteht auch die ebenso falsche Behauptung, Siedlungen seien ein physisches Hindernis für die Lebensfähigkeit eines palästinensischen Staates.

Unabhängige Analysen zeigen, dass die bebauten Gebiete von Siedlungen lediglich einen sehr kleinen Prozentsatz des Gesamtgebietes des Westjordanlandes ausmachen.

Darüber hinaus wohnt der überwiegende Teil der jüdischen Einwohner des Westjordanlandes in den großen Siedlungsblöcken, die Großteils an Israel grenzen. Bisherige Bemühungen, eine Zweistaatenlösung zu verhandeln, trugen dieser Realität Rechnung und wiesen eine Rückkehr zu den Waffenstillstandslinien von 1949 (den sog. Grenzen von 1967) zurück. Eine realistische, langfristige Lösung hätte dagegen gegenseitig anerkannte Gebietstauschs zur Grundlage, die der Realität entsprechen und den beiderseitigen Sicherheitsbedürfnissen Rechnung tragen.

7. Israel hat legitime Rechte und echte Sicherheitsbedürfnisse im Westjordanland

In der Debatte um dieses Thema fehlt in der Regel das Thema der israelischen Rechte und Bedürfnisse, sowie die existierenden Bedrohungen für Israels Sicherheit, besonders angesichts des Aufstiegs solcher Organisationen wie IS, al-Kaida und Hisbollah in der Region.

Die lange Geschichte schmerzhafter Angriffe auf Israel und israelische Bürger – einschließlich von palästinensischen Terroristen aus dem Westjordanland zwischen 1949 und 1967, die mehr als 1.000 Opfer gefordert haben – hat bewiesen, dass Israel eine sichere, zu verteidigende und anerkannte Grenze braucht. Diese Tatsache wurde in internationalen Entscheidungen zum Konflikt immer wieder anerkannt, so auch in den wichtigsten UN-Resolutionen zum Thema von 1967, den Resolutionen 242 und 338.

Die tausende Jahre jüdischer Geschichte im Westjordanland sollten ebenfalls nicht ignoriert werden. Das Westjordanland – oder genau gesagt, Judäa und Samaria – war ein Zentrum jüdischen Lebens und der Ort vieler der heiligsten Stätte des Judentums. Doch am Ende des

Unabhängigkeitskrieges war diese Region ethnisch von Juden gesäubert worden, und von 1948 bis 1967 war es Juden erstmals seit tausenden von Jahren nicht mehr möglich, in Judäa und Samaria oder der Altstadt von Jerusalem zu leben. Blühende Gemeinden, wie der Gush Etzion-Block südlich von Jerusalem und Neve Yaakov und Atarot im Norden, wurden 1948 zerstört; tausende von Jahren jüdischer Präsenz im biblischen Hebron hatten bereits 1929 mit einem Massaker geendet.

Während Israel bereit ist, für den Frieden schmerzhaft Kompromisse einzugehen, sollte die Größe dieses Opfers anerkannt werden.

Zusammenfassung

Die Siedlungen sind in der Tat ein wichtiges Thema, über das verhandelt werden sollte – allerdings gemeinsam mit den übrigen strittigen Themen, wie die endgültigen Grenzen, Sicherheitsarrangements und der Status der Flüchtlinge beider Seiten.

Doch die israelische Regierung, glaubt in ihrer Eigenschaft als demokratische gewählte Repräsentantin des israelischen Volkes weiterhin daran, dass Frieden erreichbar ist, wenn beide Seiten bereit sind, miteinander zu reden und die Opfer einzugehen, die notwendig sind, um Frieden zu erreichen.